

Burgenländische Wirtschaftspolitik à la SPÖ:

Firmenpleiten im ersten Halbjahr gestiegen

Die Zahl der Firmenpleiten und Privatkonkurse steigt laut Insolvenzstatistik im ersten Halbjahr 2008 wieder stark an. Bei den Unternehmensinsolvenzen ist besonders die Bauwirtschaft betroffen.

Bundesweit:

plus 4,4 Prozent Insolvenzen

Immer öfter schlittern Unternehmen in die Insolvenz. Heuer ist in den ersten sechs Monaten bereits mit einem deutlichen Anstieg zu rechnen. Österreichweit ist es ein

Plus von 4,4 Prozent.

Burgenland: 116 Insolvenzen

Im Burgenland wurden im ersten Halbjahr des Vorjahres 110 Fälle von Insolvenz registriert, heuer sind es 116 Fälle.

Im Vorjahr gab es dabei die unglaubliche Summe von 149 Millionen Euro an Schulden - sie waren auf die Konkursfälle der Vinea-Beteiligungs-GmbH zurückzuführen. Der RFW kritisierte seinerzeit die erfolgte Förderung durch die öffentliche Hand heftig.

Siegendorf, SIEMENS, Vinea, etc: Wenn Sozis Manager spielen oder „zuerst kassieren - und dann verschwinden!“

Brigitte Ederer ist schon mit ihrem EU-Tausender gescheitert!

Trotz aller Dementis ist es nun - doch - soweit: Auch das SIEMENS Werk in Siegendorf wird abgegeben. Laut ORF-Meldung verhandelt man über den Verkauf von 3 Elektronikfabriken. Nachdem zuerst vollmundig beteuert wurde, am Standort wird nicht gerührt, kommt es jetzt anders: Eine Ermächtigung

zum Verkauf hat der Aufsichtsrat von SIEMENS Österreich vorigen Donnerstag dem Vorstand unter Brigitte Ederer gegeben.

620 Arbeitnehmer betroffen

Jeder dritte Arbeitsplatz der 620 Beschäftigten befindet sich in Siegendorf. Was dies für Familien & Region bedeutet kann sich jeder vorstellen! Bestätigt zeigt sich - wieder einmal - der Ring Freier Wirtschafts-

treibender: Wie in den letzten Jahren, ja Jahrzehnten, schon mehrfach gefordert, sollen nicht jene Unternehmen primär mit Sonderförderungen geangelt werden, welche mit klingenden Namen leere Versprechen machen, sondern jenen vertraut werden, die nicht beim ersten kleinsten Wind davonlaufen.

„Wir verlangen ein Herz für bodenständige Klein- und Mittelbetriebe!“

RFW: Naiver kann Finanzpolitik nicht sein: Land verzichtet auf 55 Mill. Euro

BB-Verkauf beschäftigt OGH

Der Verkauf der Bank Burgenland an die GraWe beschäftigt wieder den Obersten Gerichtshof. Der OGH bestätigt einen Bericht des "Wirtschafts-Blattes", wonach die unterlegene ukrainische SLAV-Bietergruppe eine außerordentliche Revision beantragt hat.

Land muss Stellung nehmen

Die SLAV AG wollte 2006 den Verkauf der Bank an die GraWe gerichtlich stoppen, weil die SLAV AG um 55 Millionen Euro

mehr geboten hatte. Damals haben die Gerichte diesen Antrag abgelehnt.

Nach der Entscheidung der EU-Kommission, dass beim Verkauf an die GraWe eine verbotene staatliche Beihilfe gegeben sei, hat die SLAV AG nun erneut den OGH angerufen. Jetzt muss das Land Burgenland dazu Stellung nehmen.

„Wenn das Land seinen Standpunkt beibehält, verschenkt es 55 Mill. Euro,“ kritisiert der RFW-Burgenland.

Wirtschaft aktiv

RFW-Brief

3/08

Darabos live:

„ Wir bestimmen die Themen mit dem 5-Punkte Programm gegen die Teuerung von Werner Faymann!“

Sie haben richtig gelesen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen: Diesen Satz prägte der derzeitige Verteidigungsminister und SP-Kandidat Norbert Darabos. Dies anlässlich der Wahlkundgebung von Burgenlands Sozialisten am Sonntag, den 21. September in Oberwart im Livebericht des ORF-Burgenland.



Del. WP Karl Simon,
Landesobmann

Eigentlich hätte man dieser Aussage nichts hinzuzufügen, auch wenn Darabos sagte, was er nicht meinte.

Natürlich spüren wir alle, vor allem die Wirtschaft, die Belastung durch die Teuerung. Aber allein bei der extrem spürbaren Teuerung beim Sprit waren es auch die SPÖ und Faymann, welche die exorbitante Mineralölsteuererhöhung beschlossen haben. Ganz zu schweigen von jenen Kosten im ausufernden Sozialbereich, wo fast täglich der ‚Roten Bewegung‘ Neues an Ideen einfällt, aber nie die Frage überlegt wird, „wer das bezahlt?“ Wenige Tage vor der Wahl am kommenden Sonntag, stellt der RFW Burgenland schon die Frage, wer seitens der Gewerblichen Wirtschaft in Österreich wirklich noch wählbar ist? Es gibt zwar 10 Fraktionen am Stimmzettel, den meisten davon fällt aber nur ein, wie sie den gewerblichen Mittelstand mit neuen Forderungen belasten können, um ihr politisches Süppchen zu kochen.

Statt endlich die längst versprochene Steuer- und Abgabentlastung zu beschließen, erschöpfen sich die Damen und Herren, vor allem der „Vereinten Linken“, mit neuen Ideen wie die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, der Einführung einer Vermögenszuwachssteuer oder die Wiederaktivierung der Erbschafts- und Vermögenssteuer.

Der RFW- Burgenland ruft daher seine Mitglieder auf, genau zu analysieren, wer uns Unternehmern statt der dringend notwendigen Entlastung, neue Belastungen auferlegen will, um dann am 28. September die richtige Entscheidung zu treffen,

meint Ihr/Dein
Karl Simon
Landesobmann

Landes-Tankstellen:

Warum überlässt man nicht gleich alle Branchen dem Land?

Gegen wirtschaftliche Vernunft und Gewerbeordnung!

Zuerst wird der Kärntner Landeshauptmann heftig kritisiert, dann kopiert ihn die SPÖ-Burgenland mit der Errichtung von „Landes“-Tankstellen.

Die Freude wegen billigeren Sprits kann dabei ja wohl nur sehr kurzfristig aufkommen und zeigt in der extrem geringen „Breitenwirkung“ wie unsinnig der Wahlgag ist: Tankstellen sind, wie Betriebe anderer Branchen auch Unternehmen, welche nach betriebswirtschaftlichen Kriterien geführt werden müssen um nicht zu einem öffentlichen Sanierungsfall zu werden. Es ist daher, vor allem für unsere Unternehmerkollegen in dieser Branche, wirklich das Letzte, dass sich das Land zum unseriösen Mitbewerber aufspielt.

Bis jetzt wurde mit dieser unsinnigen Aktion der Tanktourismus für die Ungarn an-

gekurbelt, wenn man nur das „Schlange stehen“ beim Oberwarter Bauamt registriert hat. Kein Kunststück für günstigere Preise, wenn das Land das Personal bezahlt. Dieses „Meisterstück“ könnte das Gewerbe auch, wenn das Land die Mitarbeiter kostenlos zur Verfügung stellt.

Diese Aktion steht im krassen Widerspruch zur aktuellen Nahversorgungsaktion des Landes, bei der die Tankstellen für die Nahversorgung in kleinen Gemeinden unterstützt werden soll(t)en.

Die roten „Experten“ am Eisenstädter Europaplatz können daher nur aufgefordert werden, einmal darüber seriös nachzudenken, wie viele bestehende Betriebe und Arbeitsplätze sie mit dieser Unvernunft par excellence vernichten.

„Nahversorgung auf sozialistisch“:

Neue Einkaufszentren in Oberwart, Mattersburg: WOZU?

Geldvernichtung statt sinnvoller Förderungen!

Die Medien, insbesondere der ORF, formulierte erst kürzlich euphorisch: „Oberwart bekommt neues Einkaufszentrum!“ Der RFW Burgenland kann sich über diese überschwängliche Freude nur wundern: Seit Jahrzehnten kämpfen Burgenlands bodenständige Handelstreibende um ihre Existenz, die großzügig vom Land und manchen Gemeinden geförderten so genannten Einkaufszentren hatten bislang nur einen Effekt - sie gruben den etablierten Geschäftstreibenden das Wasser ab und verlangten als Dank dafür noch Subventionen für die Herstellung der Infrastruktur und sonstige Begünstigungen.

Statt in den roten Hochburgen Mattersburg und jetzt auch Oberwart mit

Millionenaufwand neue, völlig unnötige, künstliche Zentren zu errichten, sollten die sozialistischen Kommunalpolitiker erkennen, dass ihre Strategie von vorgestern ist, denn die Zahl der Arbeitsplätze wird durch den Ruin bestehender Kleinbetriebe nicht größer und außerdem werden die bestehenden Geschäfts-Ortskerne (siehe Mattersburg) entvölkert, ja zerstört.

Alternative: KMUs des Handels

Statt dieser unsinnigen „Raumplanungspolitik“ verlangt der RFW die Geldverschwendungsaktionen endlich zu stoppen und diese Mittel den bestehenden, langjährig bewährten, Handelsgeschäften für Modernisierungsinvestitionen zur Verfügung zu stellen.

Nationalratskandidat Fritz Amann: Eine „Flat-Tax“ ist fair und sozial - daher ein Gebot der Stunde!

„Unser derzeitiges Steuersystem ist durch seine Steuerstufen, deren Bemessungshöhen seit vielen Jahren nicht einmal mehr der Inflation angepasst wurden, ein auch sozial unfaires Abgaben-System, das sofort durch die einfach handhabbare und lineare „Flat-Tax“ mit großzügigen Freibeträgen als soziale zusätzliche Komponente ersetzt werden muss“, so der RFW-Bundesobmann Klubobmann Fritz Amann zu den laufenden Alpbacher Reformgesprächen.

Amann dazu: „Vor vier Jahren wurde in der Slowakei die „Flat-Tax“ eingeführt und Ivan Miklos, verantwortlich für diese Neueinführung im Jahre 2004, zog in Alpbach eine äußerst positive Bilanz und meinte, dass der Prozentsatz der Personen unterhalb der Armutsgrenze in diesen Jahren deutlich gesunken sei. Diese praxisbezogene Erfahrung beweist mir nun, dass unser selbsternannter Experte, WIFO-Chef Aigin-

ger die Realität der sozialen Komponente in einer linearen Steuer verweigert. Wieder besseres Wissen und gegen die in der Praxis gemachte Erfahrung in anderen EU-Staaten derart unprofessionelle Gegenargumente zu vertreten, ist ein starker Tobak, der eines Wifo-Chefs unwürdig ist.“

Die bei uns von keinem Bürger mehr durchschaubaren Steuerregulierungen würden eine transparente und für Jedermann einfach zu handhabende Steuerberechnung verhindern, was wiederum nur jene vor dem Zugriff des Finanzministers schützen, die sich einen Steuerberater leisten können. „Niemand anderer als die Politik ist verantwortlich für eine faire Steuerabgabe und eine absolute Chancengleichheit bei der Anwendung von Steuervorteilen, was die Flat-Tax am Beispiel der Slowakei einmal mehr beweise“, so Amann abschließend.

Roter Postenschacher in Fortsetzung:

Neue Landesfirma für Wohnbaudarlehen?

Die Wählerstimmen für 2010...

Prolongiert hat die SPÖ-Burgenland kürzlich ihr „Arbeitsplatzprogramm“ in Landesgesellschaften. Konkret geht es um die Errichtung einer neuen „Firma“, durch die „aushaftende Wohnbauförderungsdarlehen“ angekauft werden sollen. Euphorisch wird von 600 Mio. Euro für neue Projekte argumentiert.

Für den RFW-Burgenland steht die Begründung fern jeder Notwendigkeit. Denn, wozu muss eine aufwendige neue Firma gegründet werden, welche aushaftende Darlehen ankauft? Diese Möglichkeit hat das Land auch selbst. Denn es muss ja auch bei der geplanten Aufnahme eines Kredites am Kapitalmarkt die Haftung (Sicherstellung) übernehmen. Wozu also

diese komplexe Konstruktion?

Weitere Budgetverfälschung

Neben der parteipolitischen Einflussnahme kann daher der eigentliche Gründungsgrund nur darin liegen, dass derzeit unbeschäftigte rote Manager, Sachbearbeiter, Sekretärinnen oder Putzfrauen keinen Job besitzen und auf diese Weise „im Schoss der Partei“ einen lukrativen und gesicherten Arbeitsplatz bekommen. Garantie für den Wahlerfolg 2010 inklusive!

Durch die „Ausgliederung“ der geplanten Aktivitäten aus dem Landesbudget wird außerdem der bereits bekannte sozialistische Weg der Budgetverschleierung fortgesetzt.